

Nichts für alle

Patrick
Schreiner



Wie Politik und
Wirtschaft uns den
Sozialstaat kündigen

Brumaire

Nichts für alle erscheint am 6.5.2024

Unser Sozialstaat steht auf der Kippe. Es mangelt an Geld, Personal und Wertschätzung. Die Politik muss handeln. Denn nur Reiche brauchen keinen Sozialstaat.

Dieses Buch handelt von Menschen, die für den Sozialstaat arbeiten. Sie pflegen, erziehen, versorgen, beraten, unterstützen, retten, begleiten Geburten und helfen später in schwierigen Lebenslagen. Diese Menschen berichten über ihren Arbeitsalltag, über schöne und furchtbare Erlebnisse, über ihre Sicht auf die Probleme unseres Sozialstaats.

Patrick Schreiner lässt die zu Wort kommen, denen selten zugehört wird. Er zeigt, warum wir den Sozialstaat brauchen und was besser werden muss.



Patrick Schreiner, Jahrgang 1978, ist promovierter Politikwissenschaftler. Er arbeitet als Gewerkschafter in Berlin und ist verschiedentlich publizistisch tätig. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Wirtschafts- und Sozialpolitik, Wohnen und soziale Ungleichheit.

Inhalt

8	Vorwort Die irritierende Gleichzeitigkeit von Rückschritten und Fortschritten <i>Wolfgang M. Schmitt</i>
22	Einleitung Nichts für alle?
34	I. Jugendamt »Komisch, der kleine Tim flippt immer aus«
62	II. Kita »Für gute Kinderbetreuung braucht es Zeit«
80	III. Suchthilfe »Eher Feuerwehr als Therapeutin«
102	IV. Rente »Was letztendlich auf das Konto rollt«
126	V. Krankenhaus »Könnt ihr nicht noch ein paar Hüften machen?«
152	VI. Altenpflege Alois im Wunderland
176	VII. Jobcenter Hummeln, die nicht fliegen
196	VIII. Wohnen »Zum sozialen Frieden beigetragen«
222	Schluss Für einen politischen Kurswechsel

Einleitung
Nichts für alle?

Patrick Schreiner

Von außen konnte man das Gebäude für ein Hotel mit Alpenblick halten: Balkone, landestypische Holzvertäfelungen und viel Grün. Hier am Schliersee begann der Tourismus – im Sommer wie im Winter – schon früh im 19. Jahrhundert. Als 1869 die Bahnstrecke nach München fertiggestellt war, kamen Skifahrerinnen und Wanderer in Massen, um sich zu erholen; um Bergluft, alpine Romantik und Natur zu genießen. Das ist bis heute so geblieben.

Das vermeintliche Hotel war aber keines, sondern ein Pflegeheim – und von Genuss und Erholung konnte nicht die Rede sein. Die »Seniorenresidenz« war ein Horrorhaus. Im Zuge von Corona-Untersuchungen kamen 2020 Zustände ans Licht, die zur behördlich angeordneten Schließung führten. Von verwahrlosten Bewohnerinnen und Bewohnern wurde berichtet, von mangelndem Personal und unhaltbaren hygienischen Zuständen. Ein Bewohner sei auf 44 Kilogramm abgemagert; einige hätten nur 100 Milliliter Flüssigkeit pro Tag getrunken. Die Staatsanwaltschaft ermittelte wegen des Verdachts auf Körperverletzung in 88 Fällen und untersuchte 17 Todesfälle.¹ Stellen Sie sich vor, Sie hätten in diesem Heim leben müssen.

Zustände wie diese haben immer mit den handelnden Personen zu tun. Sie haben damit zu tun, dass Menschen am falschen Ort das Falsche tun oder das Richtige unterlassen. Und doch greift eine solche Erklärung alleine viel zu kurz. Denn wenn eine sozialstaatliche Einrichtung und die behördliche Aufsicht derart versagen, dann liegt das immer auch an falschen politischen Weichenstellungen. Wir müssen das große Ganze in den Blick nehmen. Es ist gewiss kein Zufall, dass die »Seniorenresidenz« von einem privaten Unternehmen betrieben wurde – von einer Tochter des italienischen Konzerns »*Sereni Orizzonti*« (»Heitere Horizonte«).

Die »Seniorenresidenz« ist ein Extrembeispiel. Doch sie ist kein Einzelfall. Eine Kleine Anfrage der Fraktionen von Linkspartei, Grünen und SPD in der Bremer Bürgerschaft zeigte, dass im Land Bremen die Zahl behördlich festgestellter Mängel in privaten Pflegeeinrichtungen die in gemeinnützigen weitaus übersteigt. Bei den 53 gemeinnützigen Einrichtungen gab es zwischen 2018 und August 2022 insgesamt 188 Mängel, bei den 43 privaten hingegen satte 536.² Das ist eindeutig – und kein Zufall.

Wir haben den Sozialstaat in den letzten Jahrzehnten nicht klug entwickelt. Dass wir privaten Akteuren oft Vorrang vor gemeinnützigen oder öffentlichen gegeben haben, ist dabei nur ein Teil des Problems. Unser Vertrauen in die Fähigkeiten demokratisch gestalteter, staatlicher Einrichtungen hat abgenommen – weil der Markt es angeblich besser kann. Es gibt immer mehr private Krankenhäuser; Beteiligungsgesellschaften (*Private Equity*) kaufen reihenweise Labore und Arztpraxen auf; öffentlicher und gemeinnütziger Wohnraum ist im großen Stil an private Unternehmen gegangen; selbst in der Jugendhilfe und mit Schulen machen Private inzwischen einen Reibach. Privatisiert wird ständig und überall, auch wenn es heute oft im Stillen passiert.

Ein weiterer Teil des Problems: Wir haben den Sozialstaat finanziell ausgehungert. Gewiss, die Sozialausgaben steigen seit Jahrzehnten. Im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung tun sie das aber bei Weitem nicht mehr so stark: 2022 lagen sie bei über 30 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, 1975 waren es allerdings auch schon über 26 Prozent und 2000 fast 29 Prozent.³ Insofern ist es Augenschere, wenn Arbeitgeber und Politik regelmäßig Panik wegen angeblich explodierender Sozialkosten schüren.

Die Höhe der Sozialausgaben ist alleine ohnehin wenig aussagekräftig. Zu berücksichtigen sind vielmehr auch die Bedarfe. Und die wachsen. Der demografische Wandel ist dafür nur ein Grund. Wenn es mehr Ältere gibt, dann kostet das nun einmal Geld – das unsere Gesellschaft um der Menschenwürde Willen aufzubringen hat. Oder sollen wir Rentnerinnen und Rentner von unserem Lebensstandard und von guter Gesundheitsversorgung abkoppeln? Nicht zuletzt, weil die heute Jungen irgendwann alt sein werden, kann dies in fast niemandes Interesse sein.

Hinzu kommt: Soziale Ungleichheit verursacht Kosten, wenn wir verhindern wollen, dass Teile der Bevölkerung noch mehr abgehängt werden. In Deutschland sinken die Einkommensanteile der unteren 50 Prozent der Bevölkerung im Trend seit Jahrzehnten, während die Einkommensanteile der obersten 10 Prozent steigen. Und zwar vor und nach Steuern. Armut nimmt zu. Diese Entwicklung ist nicht vom Himmel gefallen, sondern Ergebnis politischer Entscheidungen.⁴

Wegen dieser wachsenden sozialen Ungleichheit braucht es den Sozialstaat. Er unterstützt beispielsweise ärmere Haushalte angesichts steigender Kosten für das Wohnen. Er berät und begleitet in schwierigen Lebenslagen. Er ermöglicht benachteiligten Jugendlichen Teilhabe und Bildung. Und nicht zuletzt entlastet er bei Kinderbetreuung und Pflege, wodurch er mehr Erwerbstätigkeit ermöglicht. Gerade Kinder aus armen Familien haben überdurchschnittlich viel davon, eine Kita zu besuchen. Wenn das dazu beiträgt, dass wir alle unsere Fähigkeiten und Talente bestmöglich einsetzen können, profitieren wir alle.

Ein starker Sozialstaat wirkt aber auch gegen die Ungleichheit zwischen Männern und Frauen. Er stellt beispielsweise die Weichen am Arbeitsmarkt so, dass Diskriminierung bei Löhnen und Jobs zumindest erschwert wird. Und er entlastet bei Kindererziehung und Pflege, was die Vereinbarkeit von Beruf und Familie erhöht. Das nützt vor allem Frauen, an denen andernfalls der größte Teil dieser Aufgaben hängenbleibt. Eine Studie zeigte 2024: Je mehr Geld ein Land in sein Pflegesystem investiert, desto geringer fällt die Ungleichheit zwischen Frauen und Männern bei der Pflege von Angehörigen aus.⁵

Damit ein Sozialstaat diesen wachsenden sozialen Bedarfen gerecht werden kann, braucht er Geld. Insofern gehört auch zur Wahrheit, dass die Sozialausgaben heute sehr viel höher wären, würden tatsächlich die Bedarfe gedeckt. Viel zu oft aber traten Regierungen in den letzten Jahrzehnten auf die Ausgabenbremse. Und die Privatisierungen hatten oft das Ziel, Geld einzusparen, nicht selten übrigens beim Personal.

Womit wir beim dritten Teil des Problems wären: Wir haben seit Jahrzehnten jene Menschen und jene Kompetenzen vernachlässigt, die das Rückgrat dieses Sozialstaats sind – die in Pflege und Gesundheitseinrichtungen, in Kitas, Schulen und bei sozialen Trägern, in Schwimmbädern und Bibliotheken, in den Sozialverwaltungen und kommunalen Ämtern. In vielen Bereichen hat man Personal abgebaut oder in Billigfirmen ausgelagert. In Pflege, Kitas und Sozialer Arbeit, wo enorme Mehrbedarfe an Personal schon lange absehbar waren, hat man weder ausreichend ausgebildet noch konsequent genug die Arbeitsbedingungen verbessert. Dass sich die Löhne etwa einiger Pflege- und Kita-Beschäftigter in den letzten Jahren überdurchschnittlich entwickeln, mussten und

müssen die Gewerkschaften gegen erbitterten Widerstand von Arbeitgebern und Teilen der Politik durchsetzen.

